



Treuhandanstalt in Berlin (1992): Die Verschweiger und Beschwichtiger hatten die Oberhand gewonnen

AUFBAU OST

Stets unter Wert

Die Privatisierer von Halle waren fix – aber auch raffgierig. Nun schließt die Justiz das besonders dunkle Kapitel der Treuhand-Geschichte ab.

Ihren Abschied planten die Herren pompös. Mit einer „ansprechenden, festlichen Veranstaltung mit großer Öffentlichkeitswirksamkeit“ wollten die Privatisierer der Treuhand-Niederlassung ihr zweijähriges Wirken in Halle feiern lassen: Als erste der 15 regionalen Geschäftsstellen der Treuhandanstalt erklärten die fixen Hallenser ihren Auftrag, Volkseigentum in private Hände zu legen, für erfüllt.

Aus der Jubelfeier im Herbst 1992 wurde nichts, die Ehrengäste mußten zu Hause bleiben. Statt dessen erschien in Halle Oberstaatsanwalt Hans Richter, damals Leiter der Stabsstelle Recht beim Treuhand-Vorstand. Statt lobender Festreden gab es Strafanzeigen.

Heute, gut fünf Jahre später, hat die Justiz dieses wenig rühmliche Kapitel der Treuhand-Geschichte nahezu aufgearbeitet, und nun ist sicher: Die Privatisierungsgorgie in Halle hat Tausende von Arbeitsplätzen vernichtet und einen Schaden von schätzungsweise mehr als einer Milliarde Mark angerichtet.

Bis heute verhängten Gerichte in Ost und West, hier vornehmlich in Stuttgart, Haftstrafen von insgesamt mehr als 25 Jahren. Immer ging es um Betrug, Untreue, Bestechung und Bestechlichkeit.

Seit Ende Januar steht in Stuttgart ein weiterer Direktor der Hallenser Treuhand vor Gericht: Sven-Thomas Andreas ist angeklagt, in seiner nur 15monatigen Tätigkeit als Privatisierungschef Schmiergelder von mehr als 4,7 Millionen Mark verlangt und bekommen zu haben – als Gegenleistung

für die Genehmigung von Verkäufen, stets unter Wert, an ausgesuchte Interessenten. In einem Fall, so die Anklage, realisierten Käufer für Grundstücke, die ihnen Andreas für nur 4,2 Millionen Mark überlassen hatte, später mehr als 100 Millionen Mark.

„Anwalt“, sagte der Angeklagte, als ihn der Richter nach seinem Beruf fragte – und fügte fast trotzig hinzu: „Derzeit ohne Zulassung“.

Die fehlt inzwischen auch Karl Deffner, dem die Anklage im vergangenen Dezember in Stuttgart den Prozeß machte. Deffner war in Halle seit Anfang 1991 Liquidator aussichtsloser Staatsbetriebe, er gab, so die Anklage, Andreas' Schmiergeldwünsche weiter und kassierte regelmäßig mit. Vor Gericht machte Deffner kurzen Prozeß, gestand seine Raffgier („Mir ging es damals nur noch um Geld“) und erhielt wegen Untreue und Steuerhinterziehung vier Jahre und zehn Monate Gefängnis.

Vor einer Zivilkammer des Stuttgarter Landgerichts erwartet ihn nun ein Schadensersatzprozeß. Die Treuhand-Nachfolgerin BvS will von Deffner zehn Millionen Mark, die er in Treuhand-Geschäften mit einem anderen Komplizen, einem ehemaligen Notar, in Halle ergaunert haben soll. Der wurde deswegen im März letzten Jahres zu ebenfalls vier Jahren und zehn Monaten Haft verurteilt.

Die Mammut-Akte mit den kriminellen Machenschaften in Halle wird aus Sicht von Oberstaatsanwalt Wolfgang Schmid mit dem Urteil über Andreas geschlossen: „Mehr ist da nicht mehr drin.“

Auch bei der Treuhand-Nachfolgerin BvS ist der Eifer, das strafbare Handeln von Privatisierern und Liquidatoren aufzuklären, längst erlahmt.

Zunächst hatte eine Arbeitsgruppe „Tiefenprüfung“ 320 Privatisierungsfälle in Halle durchforstet und die Ergebnisse auf

alle 1650 Vorgänge in der Niederlassung hochgerechnet. Das Resultat war verheerend: Zwei Drittel aller Verträge wurden im Abschlußbericht vom Juni 1994 als unwirksam beurteilt, in jedem fünften gab es Hinweise auf strafbare Handlungen.

Der Bericht verschwand in der Ablage, in den übrigen 14 Niederlassungen fanden solche gründlichen Prüfungen gar nicht erst statt.

Die Verschweiger und Beschwichtiger hatten die Oberhand gewonnen: Fertige Strafanzeigen wie gegen den ehemaligen Niederlassungsleiter in Frankfurt (Oder) wurden monatelang zurückgehalten.

An einer richtigen Aufklärung hatten die Treuhand und ihre Nachfolgerin selten Interesse – zu offensichtlich wäre das eigene Versagen geworden.

Wie sehr die Treuhand-Zentrale selbst in manchen Fall involviert war, offenbarte Wilfried Glock, Andreas' Nachfolger als Privatisierungsdirektor in Halle, der vom Stuttgarter Landgericht – ebenfalls wegen Bestechlichkeit – zu fünf Jahren und sechs Monaten verurteilt wurde. Vor Gericht gab Glock ausführlich zum besten, wie die Maschinenfabrik Sangerhausen (SPIEGEL 30/1994) an den Investor Kurt Mayer privatisiert worden war und welche Rollen dabei Max Josef Strauß, der älteste Sohn des früheren bayerischen Ministerpräsidenten, und die Treuhand gespielt hatten.

Die Version des Angeklagten: Er, Glock, habe nicht an Mayer verkaufen wollen und das auch gesagt. Doch schon am nächsten Tag habe Strauß einen Vertrag für Mayer aus Berlin gehabt.

Mayer blieb dann knapp 20 Millionen Mark Kapitaleinlage schuldig, die Maschinenfabrik ging in Gesamtvollstreckung.

Glock achselzuckend zu den Stuttgarter Richtern: „Zuständig war niemand, schuldig war auch niemand.“



Glock

C. NEUMEISTER